

Stefan Scholl

„UNDEMOKRATISCH“ – EIN POLITISCHES VORWURFSWORT IM 20. JAHRHUNDERT (UND DARÜBER HINAUS)

(AUS DER RUBRIK „WÖRTER UND WÖRTERBÜCHER“)

Historische Ereignisse, sich wandelnde gesellschaftliche Begebenheiten, politische Neuerungen, soziale Beziehungen, technische Innovationen, neue Trends in Mode, Sport, Ernährung usw. – als Sprachteilhabende kommunizieren wir zu all diesen Themen und verwenden dabei eine Vielzahl an Wörtern und festen Wendungen. Im alltäglichen Sprachgebrauch ergeben sich dabei unterschiedliche Fragen. So möchte man etwa wissen, ob es angemessen ist, ein Wort zu verwenden, oder welche Geschichte hinter einer Wendung steckt. Oder man hört oder liest ein Wort, das man noch nicht kennt oder bei dem man sich unsicher ist, wie man es schreibt oder spricht, oder was es bei seiner Verwendung zu beachten gilt. In solchen Fällen schlägt man am besten in einem Wörterbuch nach. Dabei stellen sich ggf. weitere Fragen, z. B. welche Quellen für ein solches Nachschlagewerk ausgewertet werden oder wie ein Wort ins Wörterbuch hineinkommt.

In der SPRACHREPORT-Reihe „Wörter und Wörterbücher“ stellen Ihnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Projekte des Programmbereichs „Lexikographie und Sprachdokumentation“ einige der schönsten Entdeckungen, interessantesten Sachgruppen und verschiedene Typen von Fremdwörtern, Lehnwörtern oder Neologismen und diskursrelevanten Begriffen vor, die ihnen bei der Arbeit begegnet sind. Rund um „Wörter und Wörterbücher“ gibt es so viel Neues zu entdecken.

Der Demokratiebegriff wird vor dem Hintergrund aktueller Debatten über den Umgang mit rechtspopulistischen und -extremen Parteien und Milieus so stark beansprucht, wie schon lange nicht mehr. Zu einem der Ausdrücke, die den Demokratiebegriff dabei mitkonstituieren, gehört das Adjektiv ‚undemokratisch‘, dessen Verwendung immer auch eine Vorstellung des Demokratischen evoziert. So diskutierte zum Beispiel der Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel im März 2024 in einem Gastbeitrag für die *Neue Zürcher Zeitung* die Frage, ob aus demokratietheoretischer Sicht ein Verbot der Alternative für Deutschland (AfD) zu rechtfertigen sei (Merkel 2024). In der Online-Kommentarspalte entfaltete sich daraufhin eine kontroverse Diskussion. In einem Kommentar wurde die (rhetorische) Frage gestellt:

Wo liegt die demokratische fairneß in der ausgrenzung einer legalen partei auf allen ebenen? Etc. p. p. Die ganze verbotsdiskus-

sion ist im kern völlig undemokratisch, zielt sie doch darauf ab, das urdemokratische [sic] recht – nämlich eine andere politik zu wählen – außer kraft [sic].

In der begrifflich vertrackten Debatte über den Umgang mit der AfD geht es zum einen darum, ob die Partei selbst undemokratisch ist, zum anderen aber auch darum, ob ein eventuelles Verbot nicht selbst einen undemokratischen Akt darstellen würde. In diesem Sinne versuchte der Kolumnist Michael Andrick Anfang Juli 2024 in der *Berliner Zeitung* darzulegen, warum bereits „die Idee einer Brandmauer“ gegenüber der AfD – und dem Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) – „undemokratisch“ sei (Andrick 2024).

Schon vier Jahre zuvor, im März 2020, hatte ein Gast in der Online-Rubrik „Noch Fragen?“ der Zeitschrift *Stern* das Thema wie folgt adressiert:

Warum soll die AFD undemokratisch sein? Und wenn ja, warum ist sie nicht verboten? Dies wird ja immer wieder behauptet. Aber sie nimmt ja immer wieder an den [sic] demokratischen Wahlprozess teil und akzeptiert das Ergebnis. Sie hat ja auch nicht gesagt, sie möchte die Demokratie abschaffen. (Stern 2020)

Ein*e Nutzer*in namens „Skorti“ listete in seiner / ihrer Antwort eine Reihe von populistischen und zum Teil xenophoben Zitaten auf, die Politiker*innen der AfD zugeschrieben werden. Abschließend folgerte er / sie:



Abb. 1: Plakat auf der Kundgebung unter dem Motto „Demokratie verteidigen“ auf dem Schlossplatz in Stuttgart am 20. Januar 2024

Stefan Scholl ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Politisch-soziale Grundbegriffe großer Reichweite und Dauer“ des Programmbereichs „Wörter, Medien und Gesellschaft“ in der Abteilung Lexik am Leibniz-Institut für Deutsche Sprache, Mannheim.



Abb. 2: Plakataktion zum Demokratie-Wunsch-Briefkasten in der Albrecht-Thaer-Schule, BBS III Celle in Celle, Berufliches Gymnasium Sozialpädagogik, Klasse 11; Lehrerin Martina Wertheimer-Ehlers, OStR'in

Die AfD hat vielleicht nicht [sic] ‚undemokratisches‘ in ihrem Programm stehen, aber viele ihrer Mitglieder verachten offensichtlich, oft unter großem Applaus ihrer Anhänger, die Menschenrechte, die Pressefreiheit, den Rechtsstaat und die Gesetze.

Die Frage, ob die Partei qua Parteiprogramm offen undemokratisch sei, wurde hier also verneint, zugleich wurde jedoch zu belegen versucht, dass Repräsentant*innen der AfD zentrale gegenwärtige Bestimmungselemente des Demokratiebegriffs geringschätzten bzw. ablehnten.

Verkompliziert wird die aktuelle Diskurslage rund um den Demokratiebegriff dadurch, dass rechtspopulistische und -extreme Akteur*innen diesen keineswegs offen negieren, sondern ihn für sich beanspruchen und mit ihm argumentieren (vgl. Kämper 2020, S. 47f.; Feustel et al. 2017). So versuchen Politiker*innen der AfD etwa, die von ihnen als ungerecht empfundene Behandlung in Parlamenten ihrerseits als undemokratisch zu markieren. Als die Wahl eines AfD-Kandidaten zum Bundestagsvizepräsidenten im Dezember 2022 zum wiederholten Mal an der fehlenden Zustimmung der anderen Parteien scheiterte, war beispielsweise in einer Pressemitteilung der Partei zu lesen:

Erneut ist der AfD-Fraktion das ihr laut Geschäftsordnung zustehende Amt des Vizepräsidenten vorenthalten worden. Ohne Ansehen der Person wird uns der Posten prinzipiell verwehrt. Das ist eine zutiefst undemokratische Haltung. (AfD 2022)

Diese Beispiele sind nur einige von vielen, die illustrieren, wie aktuell argumentativ und semantisch darum gestritten wird, was Demokratie ist oder sein sollte, wodurch sie gefährdet erscheint oder zu retten sei, aber auch, was oder wer als demokratisch oder eben undemokratisch zu gelten habe. Streit und Auseinandersetzungen über unterschiedliche Füllungen und Ausdeutungen des Begriffs ‚Demokratie‘ sind indes keine neue Erscheinung, sondern prägen dessen gesamte moderne Geschichte – insbesondere im Verlauf des 20. Jahrhunderts. ‚Demokratie‘ ist damit geradezu ein Prototyp für das, was der Historiker Reinhart Koselleck als „Grundbegriffe“ der politisch-sozialen Sprache bezeichnet hat. Diese seien nämlich – so eine bekannte Minimaldefinition – zugleich unverzichtbar wie umstritten.¹

Das IDS ist seit März 2022 Teil eines Verbundprojekts, das zusammen mit Kolleginnen und Kollegen des Leibniz-Zentrums für Kultur- und Literaturforschung Berlin und des Leib-

niz-Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam ein Lexikon solcher „Grundbegriffe“ des 20. Jahrhunderts erstellt.² Im Folgenden werden die Ziele und methodischen Herangehensweisen des Lexikons vorgestellt (vgl. auch Abb. 5, Müller/Picht/Schmieder 2024). Da der Autor dieses Beitrags den Begriffsartikel zu ‚Demokratie‘ für das Lexikon verfasst hat (Scholl 2024), geschieht diese Vorstellung anhand von Ausführungen über den Demokratiebegriff und hierbei speziell über den Ausdruck ‚undemokratisch‘ in parlamentarischer Kommunikation.³

DER AUSDRUCK ‚UNDEMOKRATISCH‘ KANN ALS SONDE IN DIE GESCHICHTE DES DEMOKRATIEBEGRIFFS GENUTZT WERDEN

Der Fokus auf das Adjektiv ‚undemokratisch‘ führt diskurslinguistisch und begriffsgeschichtlich interessierte Forscher*innen schnell an zentrale Stellen der sprachlichen Auseinandersetzung über ‚Demokratie‘ generell und damit zu einem Kennzeichen des Demokratiebegriffs, nämlich seiner politischen Umkämpftheit. Mit der Verwendung des Ausdrucks ‚undemokratisch‘ diagnostizieren, argumentieren und polemisieren Diskursakteur*innen in politischer Kommunikation – und positionieren sich dabei nicht zuletzt selbst in Bezug zu anderen (vgl. zu sprachlichen Positionierungspraktiken Dang-Anh 2023a). Die Untersuchung der historischen Verwendungsweisen von ‚undemokratisch‘ eignet sich daher hervorragend als Sonde, um Sprachgebrauchsmuster, d.h. musterhaft auftretende sprachliche Realisierungen des Demokratiebegriffs, in der Vergangenheit aufzuspüren und damit nicht zuletzt gegenwärtige Verwendungsweisen historisch zu konturieren.

Welche Befunde lassen sich nun mit dem historischen Blick auf den Ausdruck ‚undemokratisch‘ festhalten und wie können sie in die Geschichte des Demokratiebegriffs im 20. Jahrhundert eingeordnet werden? Nehmen wir eine langfristige diachrone Perspektive ein, was für den Bereich institutionalisierter Politik am besten anhand einer Auswertung der digital vorliegenden stenographischen Protokolle

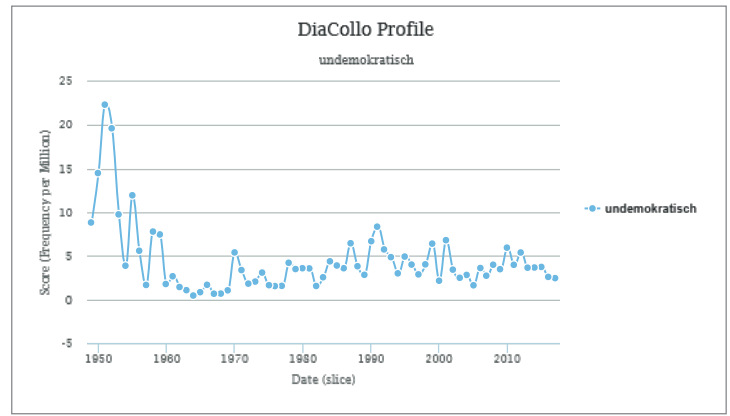
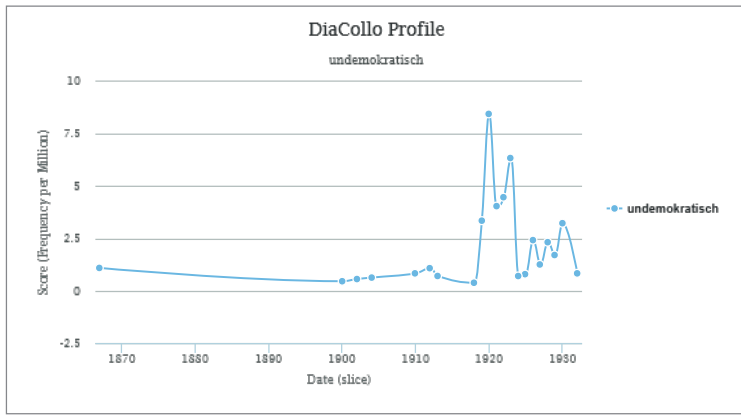


Abb. 3 und 4: Screenshots der relativen Verwendungshäufigkeit von ‚undemokratisch‘ in den Korpora des Norddeutschen Bundes/Reichs- (1867-1942, Abb. 3) und des Bundestags (1949-2017, Abb. 4) mit dem Tool DiaCollo (zu beachten sind die unterschiedlichen Skalierungen der y-Achse)

des Reichs- und Bundestags über das Tool DiaCollo ermöglicht wird (vgl. hierzu Friedrich/Scholl/Specht 2024, S. 17-36), lassen sich einige wichtige Beobachtungen aufstellen. Eine Abfrage der relativen Frequenz erlaubt es in einem ersten Schritt, zeitliche Konjunkturen des Gebrauchs von ‚undemokratisch‘ im Parlament auszumachen.

Deutlich erkennbar ist eine plötzlich zunehmende Verwendungshäufigkeit im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, speziell in deren ersten Jahren (Abb. 3). In den parlamentarischen Debatten des Bundestags ab 1949 erreicht ‚undemokratisch‘ dann noch einmal größere kommunikative Relevanz (Abb. 4). Lag die relative Frequenz in den 1920er Jahren niemals über 10 pro Millionen Wörter, wird dieser Wert in der Bundesrepublik teilweise um das Zwei- bis Dreifache überschritten. Ins Auge stechen dabei die Höhepunkte der Verwendungshäufigkeit in den ersten circa fünf Jahren des Bundestags sowie – weitaus weniger ausgeprägt – in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren. Auf den ersten Blick erstaunlich ist der ausbleibende Anstieg der Frequenz in den 1960er Jahren, speziell um 1968 herum (vgl. hierzu Kämper 2013). Allerdings wurde die Debatte über den Zustand der bundesrepublikanischen Demokratie in dieser Zeit in erster Linie außerhalb des Parlaments geführt. Eine Auswertung printmedialer Korpora (*Spiegel* und *Zeit*) belegt dementsprechend einen Anstieg der relativen Verwendungshäufigkeit des Ausdrucks für die 1960er Jahre außerhalb des Parlaments.

Schauen wir uns aber nun die drei Hochphasen im Gebrauch des Ausdrucks ‚undemokratisch‘ in parlamentarischer Kommunikation etwas genauer an:

‚Undemokratisch‘ im Reichstag der Weimarer Republik

In der Weimarer Republik, die generell von einer explosionsartigen Zunahme des Demokratievokabulars sowie sich teils diametral gegenüberstehenden Verständnissen von Demokratie geprägt war (vgl. Kämper 2014), diente der Ausdruck ‚undemokratisch‘ den Parteien der sogenannten Weimarer

Koalition (Mehrheitssozialdemokratie, Zentrumspartei und Deutsche Demokratische Partei) in erster Linie dazu, die gerade gebildete Staatsform von ‚undemokratischen‘ Alternativen auf der rechten und linken Seite des politischen Spektrums und einer als ‚undemokratisch‘ wahrgenommenen Vergangenheit abzugrenzen. Wie Erich Koch von der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) in der turbulenten Anfangszeit des Jahres 1919 den „Herren von der Rechten“ entgegenhielt, gebe es nach dem Ende der Monarchie „keine andere Möglichkeit mehr, zu regieren, als demokratisch.“ Der „anderen Seite, [...] der äußersten Linken“, warf er im gleichen Zuge vor, Dinge zu entschuldigen, „die antidemokratisch und undemokratisch sind“. Seine Partei sei dagegen der Meinung, „daß wir allein auf dem Wege der Demokratie unser Volk aus dieser Gefahr herausführen können, in der es sich zurzeit befindet“ (Koch 1919, S. 392). In einem anderen Zusammenhang bemerkte der sozialdemokratische preußische Justizminister Wolfgang Heine, es sei ein „absolut undemokratischer, ein unrevolutionärer Standpunkt, wenn wir heute in der Vergangenheit vom Jahre 1866 herumsuchen wollten“ (Heine 1919, S. 481).

AUCH DEMOKRATIEFEINDLICHE PARTEIEN BENUTZTEN DEN AUSDRUCK ‚UNDEMOKRATISCH‘

Doch die Repräsentanten der gemäßigten Linken und der Mitte waren in der Weimarer Republik beileibe nicht die einzigen, die den Ausdruck ‚undemokratisch‘ in ihren Argumentationsgängen verwendeten. Tatsächlich nutzten in vielen Fällen Politiker der rechten (DVP, DNVP und NSDAP), aber auch der linken Parteien (USPD und KPD), die Bezeichnung ‚undemokratisch‘, um die Republik in Gänze, spezifische Gesetzesvorhaben oder parlamentarische Prozeduren zu kritisieren. So polemisierte der DNVP-Abgeordnete Albrecht von Graefe im Juli 1919, die Ausbildung einer republikanischen Verfassung sei eine „Vergewaltigung der Mehrheit durch eine Minderheit“ gewesen – „eigentlich ein recht undemokratisches Vorgehen“, wie er süffisant hinzufügte

(Graefe 1919, S. 1913). Speziell die eigene bzw. die Behandlung von Republikgegnern wurde von den rechtsnationalistischen Parteien verschiedentlich als ‚undemokratisch‘ zurückgewiesen. Albrecht Philipp von der DNVP meinte etwa 1922 bezüglich des sogenannten Republikschutzgesetzes, die „heutige Demokratie kämpf[e] auch in diesem Falle mit stockreaktionären Mitteln, die sie früher bekämpft hat.“ Den Regierungsparteien warf er vor, „durch diese undemokratischen Methoden Ihrer Demokratie das Grab [zu schaufeln] für die Ideen, unter denen Sie groß geworden sein wollen“ (Philipp 1922, S. 8659). Gregor Strasser von der NSDAP bemühte 1932 hingegen den Ausdruck ‚antidemokratisch‘, um den ‚Verfall‘ des verhassten demokratischen ‚Systems‘ zu behaupten.⁴ Als er zur Ordnung gerufen wurde, weil er die von Joseph Goebbels aufgestellte Behauptung wiederholt hatte, Reichspräsident Hindenburg sei durch die „Partei der Deserteure“ (gemeint war die SPD, vgl. hierzu Dang-Anh 2023b) gelobt worden, gab er zu Protokoll: „Wir sehen darin die letzten Zuckungen eines unsittlichen Systems, das unfähig, uns mit anderen Waffen zu bekämpfen, zu den brutalsten, antidemokratischen Mitteln greift“ (Strasser 1932, S. 2254). Die Bezeichnung ‚undemokratisch‘ (aber auch ‚antidemokratisch‘) wurde also in der Weimarer Republik auch und gerade von jenen politischen Kräften genutzt, die dem liberal-parlamentarischen Demokratiebegriff eigentlich feindselig gegenüberstanden und auf diese Weise die Vertreter dieses Begriffs mit dem eigenen Vokabular schlagen wollten.

‚Undemokratisch‘ als Vorwurfswort im westdeutschen Nachkriegsparlament

Im ersten und zweiten Bundestag der Nachkriegszeit (1949-1957) wurde der Ausdruck ‚undemokratisch‘ allgemein noch einmal öfter verwendet als zuvor, was darauf verweist, dass ‚Demokratie‘ – in semantischer Verbindung mit weiteren Hochwertwörtern wie ‚Freiheit‘, ‚Rechtsstaatlichkeit‘ und ‚Menschenwürde‘ – nach dem alliierten Sieg über die nationalsozialistische Diktatur zu einem der zentralen politischen Identifikations- und Integrationsbegriffe geworden war (vgl. Felbick 2003, S. 182 f.). Im Rahmen parlamentarischer Debatten wurde ‚undemokratisch‘ zuvorderst von den oppositionellen Parteien genutzt, um (parlamentarische) Handlungen und Gesetzesvorhaben der Regierungskoalition zu stigmatisieren.⁵ Speziell die im ersten Bundestag vertretene Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) prangerte immer wieder parlamentarische Praktiken der Regierung als ‚undemokra-

tisch‘ an, so etwa, als ihr stellvertretender Fraktionsvorsitzender Heinz Renner der Regierung im Februar 1950 vorwarf, eine prozedurale Absprache nicht eingehalten zu haben. Es handele sich dabei „bewußt darum, eine kleine Fraktion mit äußerst undemokratischen Mitteln außer Spiel zu bringen“ (Renner 1950, S. 1054). Nur einige Tage später äußerte sich Alfred Loritz von der ebenfalls oppositionellen Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV) ganz ähnlich. Im Rahmen einer Debatte über die Bewirtschaftung von Benzin und Diesel – an einigen Orten war es aufgrund hoher Preise und mangelnder Versorgung zu Demonstrationen gekommen – erklärte er: „Die öffentliche Meinung fordert, daß heute hier über die Sache abgestimmt wird, damit das Volk endlich einmal sieht, woran es ist. Deswegen wiederhole ich es und sage Ihnen, meine Herren von der Regierungsseite: wenn Sie heute versuchen, die Sache noch weiterhin hinauszuziehen, dann handeln Sie undemokratisch, und wenn Sie versuchen, die Opposition niederzuschreien, dann zeigen Sie nur, daß Sie keine Ahnung vom Wesen des Parlaments haben. Jede Vertagung in dieser Sache bedeutet einen Faustschlag ins Gesicht der Demokratie!“ (Loritz 1950, S. 1230).

Dass ‚undemokratisch‘ nach 1945 zunehmend als Vorwurfsvokabel – gerade gegenüber sich selbst als ‚demokratisch‘ verstehenden Akteur*innen – genutzt wurde, zeigen auch jene Fälle, in denen Handlungen der Alliierten von (west-)deutscher Seite als ‚undemokratisch‘ bezeichnet wurden. So beschwerte sich Hans-Martin Euler von der FDP im Januar 1951 über die Alliierten, die „selbst sehr undemokratisch“ agieren würden, „indem sie mit Zeitungsverboten gegen Blätter wie ‚Echo der Woche‘ und ‚Stern‘ vorgehen, die sehr grobe Mißstände im Besatzungsbereich nur wahrheitsgemäß darstellen“ (Euler 1951, S. 4209). Parteiübergreifend etablierte sich außerdem die Rede von den ‚undemokratischen Zuständen/Verhältnissen an der Saar‘, mit der bis zum Saarabkommen 1956 die französische Verwaltungspolitik im Saarland kritisiert wurde.

‚Undemokratisch‘ im Bundestag der späten 1980er Jahre

Der Wiederanstieg der Verwendungshäufigkeit von ‚undemokratisch‘ im Bundestag Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre hängt vor allem mit dem Einzug der Partei Bündnis 90/Die Grünen in das Parlament zusammen. Ihre

Abgeordneten brachten nicht nur neue, aus den Protestbewegungen der 1960er und 1970er Jahre stammende, Demokratiekonzepte wie ‚Basisdemokratie‘ oder ‚direkte Demokratie‘ in die parlamentarischen Debatten ein, sondern prangerten wiederholt in ihren Augen ‚undemokratische‘ Verhaltensweisen und Aktionen der Regierungsparteien an. So rügte der Abgeordnete Ulrich Briefs im Oktober 1989 das „undemokratische Vorgehen“ der Koalitionsmehrheit im Bundestagsausschuss für Forschung und Technik, die einen Beschluss „ohne [...] inhaltliche, argumentative Auseinandersetzung“ einfach ‚durchgedrückt‘ habe. Dies sei ein „Verstoß gegen elementare demokratische Prinzipien“ und zeige, „wie wenig den Koalitionsparteien an einem dem Bürgerwillen wirklich Rechnung tragenden demokratischen Zusammenleben gelegen ist“ (Briefs 1989, S. 12361). Gegen den Anspruch der Grünen, ‚bessere‘ Demokratiekonzepte zu vertreten und bei anderen Parteien undemokratische Verhaltensweisen feststellen zu können, regte sich allerdings auch Widerspruch, speziell in den Reihen der Regierungskoalition. Der FDP-Abgeordnete Martin Bangemann warf den Grünen etwa vor, andere „wie Missionare“ zu behandeln: „von oben herab, überzeugt davon, daß nur das richtig ist, was Sie selber glauben.“ Das aber sei „fast noch undemokratischer als die Bejahung der Gewalt; denn Demokratie lebt von der Toleranz. Und Toleranz heißt: Ich selber kann mich irren, und ich muß dem anderen zeigen, daß ich nicht an meinen dogmatischen Auffassungen festhalte, sondern ihn als Demokrat würdige“ (Bangemann 1987, S. 111). Wie im letzten Satz des Zitats bereits anklingt, lassen sich in dieser Phase insgesamt Anzeichen dafür finden, dass die verbreitete Praxis, politische Kontrahenten mit dem Vorwurfswort ‚undemokratisch‘ zu belegen, zunehmend kritisch reflektiert wurde. Friedrich Vogel von der CDU mahnte etwa im Oktober 1988, die Bundestagsabgeordneten

sollten sehr vorsichtig sein, wenn wir hier unterschiedliche Meinungen auch in Bewertungen von Sachverhalten, Prozessen und Vorgängen haben, anderen eine undemokratische oder antidemokratische Haltung zu unterstellen. (Vogel 1988, S. 8078)

Derartige Appelle blieben jedoch weitgehend fruchtlos. Bis heute ist es in parlamentarischen Auseinandersetzungen gängige Praxis, anderen Parteien undemokratisches Verhalten vorzuwerfen. Wie der kurze historische Abriss gezeigt hat, scheint das politische Vorwurfswort ‚undemokratisch‘ im Parlament – im Kernbereich des Demokratischen also –

in weiten Phasen des 20. Jahrhunderts gerade deshalb so gut zu funktionieren, weil es die normativ-idealistische Bedeutungsebene des Demokratiebegriffs berührt. Speziell den Oppositionsparteien bietet der Ausdruck die Möglichkeit, ihre Anliegen (oder Befindlichkeiten) mit dem Vokabular und dem Ansehen des Demokratischen aufzuwerten und zugleich andere Akteur*innen mit dem Stigma des Undemokratischen zu belegen. Dies taten und tun immer wieder auch Parteien des rechten und linken Spektrums, die ansonsten eher einen parlamentarismuskritischen Diskurs pflegen. Anderen Parteien oder Personen im Parlament ‚undemokratisches‘ Verhalten vorzuwerfen, ist daher in erster Linie als rhetorisch-semanticke Strategie zu betrachten, mit der politische Kontrahenten an ihrer eigenen Norm gemessen und ihr Verhalten diskreditiert werden soll.

Methodisch-theoretische Prämissen des Projekts „Das 20. Jahrhundert in Grundbegriffen“

Der Einblick in zentrale Verwendungsweisen des Ausdrucks ‚undemokratisch‘ in den parlamentarischen Debatten des Reichs- und Bundestags im 20. Jahrhundert diente auch dazu, *en passant* die methodisch-theoretischen Prämissen des Projekts „Das 20. Jahrhundert in Grundbegriffen. Lexikon der historischen Semantik in Deutschland“ darzulegen (vgl. auch Müller / Schmieder / Picht 2024).⁶

DIE UNTERSUCHUNG VON SUBSTANTIVISCHEN, ADJEKTIVISCHEN UND VERBALEN VERWENDUNGEN FÜHRT ZU ZENTRALEN FACETTEN EINES BEGRIFFS

Obwohl ein Begriff – wie in unserem Fall ‚Demokratie‘ – als abstraktes, kognitives Aggregat nicht in einem Wort aufgeht, bietet dasjenige Wort (mitsamt abgeleiteten Wortformen), das den Begriff maßgeblich konstituiert, doch eine unerlässliche und produktive Ausgangsbasis für begriffsgeschichtliche Untersuchungen. Ohne die zeit- und akteurspezifischen Verwendungsweisen des Wortes ‚Demokratie‘ sowie adjektivischer (‚demokratisch‘, ‚undemokratisch‘), verbaler (z. B. ‚demokratisieren‘) und anderer Wortformen zu analysieren, ließe sich eine Begriffsgeschichte von ‚Demokratie‘ nur schwerlich schreiben. Wie Jörg Kilian festgestellt

hat, ist es im Rahmen einer linguistisch interessierten Begriffsgeschichte daher methodisch überaus sinnvoll, „das Sprachzeichen als Beschreibungstitel anzusetzen, um einen heuristischen Rahmen für die historisch-diachronische Beschreibung und Interpretation der [...] Figurationen des Lexems abzustecken“ (Kilian 2003, S. 114). In den Blick geraten auf diese Weise nicht isolierte Wortbedeutungen, sondern ein „lexikalisch gebundene[r] assoziative[r] Bedeutungsbereich bzw. Wissensrahmen“ (ebd.). Am Beispiel des Ausdrucks ‚undemokratisch‘ konnte beispielsweise angedeutet werden, dass mit seiner Verwendung bestimmte normative Vorstellungen parlamentarischen Verhaltens, aber auch Repräsentations- und Partizipationsansprüche transportiert wurden.

Bei bestimmten Wörtern mit der begriffsgeschichtlichen Betrachtung zu beginnen, korrespondiert außerdem mit einem zentralen Anliegen des Gesamtprojekts, nämlich, bei der Analyse auf diachroner und auch synchroner Ebene auf digitale Tools zurückzugreifen, mit deren Hilfe sich größere Textkorpora durchsuchen lassen. Denn häufig wird bei der Nutzung der Tools zu Beginn ein Suchwort (oder mehrere Suchwörter) eingegeben. Am Beispiel der stenographischen Protokolle des Reichs- und Bundestags wurde angedeutet, wie eine diachrone Übersicht über die relative Verwendungshäufigkeit des Ausdrucks ‚undemokratisch‘ zu diskursiven Verdichtungspunkten führt, die dann wiederum auf der Basis von Belegstellen genauer ausgewertet werden können.

QUANTITATIVE UND QUALITATIVE AUSWERTUNGEN GEHEN HAND IN HAND

Im Gesamtprojekt werden vor allem die Korpusanalysetools DiaCollo, COSMAS II und SCoT (*Sense Clustering over Time*) genutzt (vgl. Friedrich/Scholl/Specht 2024), mit denen verschiedene Korpora (parlamentarische, printmediale und weitere) durchsucht werden können. Als Basisoperationen werden Abfragen nach der relativen Frequenz einzelner Ausdrücke durchgeführt, aber auch nach Komposita, die zu unterschiedlichen Zeiten neu oder gehäuft auftreten (im Fall von ‚Demokratie‘ z. B. negativ konnotierte wie ‚Scheindemokratie‘, ‚Formaldemokratie‘ oder ‚Zuschauerdemokratie‘), nach adjektivi-

schen Attribuierungen (z. B. ‚wahre‘, ‚sozialistische‘, ‚direkte‘ oder ‚parlamentarische Demokratie‘) oder nach weiteren Kollokationen (substantivischen, aber auch verbalen oder adjektivischen), die sich möglicherweise über die Zeit, aber auch je nach akteurspezifischem Sprachgebrauch ändern.

Damit ist ein wichtiger Punkt angesprochen: Die quantitativen Abfragen größerer Korpora sind ein Schritt auf einem längeren Untersuchungspfad, der zum Teil Abzweigungen nimmt – etwa, wenn ein Adjektiv wie ‚undemokratisch‘ in einem bestimmten Zeitraum interessant und begriffsgeschichtlich relevant erscheint. Um der sprachlichen Realisierung von Begriffen, ihrer kontext- und diskurspezifischen semantischen Füllung, auf die Spur zu kommen, bedarf es allerdings einer Kombination von quantitativen Auswertungen sowie qualitativen Untersuchungen. Letztere sind gerade deswegen notwendig, um die sprachpragmatische Dimension von Begriffsverwendungen aufzuzeigen. Idealerweise versuchen die begriffsgeschichtlichen Artikel des Lexikons daher, eine „an spezifische Kommunikationssituationen gebundene mikrologische Pragmatologie und eine an Regelmäßigkeiten interessierte Diskursanalyse“ zu vereinen (Müller/Schmieder/Picht 2024, Abschnitt 14). Zurückgebunden an unsere Beobachtungen zum Ausdruck ‚undemokratisch‘ in der parlamentarischen Kommunikation bedeutet das: Mit einer solchen Ausrichtung geraten die langfristigen diachronen Konjunkturen und Verdichtungsphasen ebenso in den Blick wie typische wiederkehrende semantisch-sprachstrategische Phänomene, zum Beispiel die auffällige Inanspruchnahme des Ausdrucks durch oppositionelle Parteien zur pejorativen Bezeichnung des Regierungshandelns. Erklärbar wird der aufgespürte und an prägnanten Belegstellen dargestellte Sprachgebrauch wiederum allein durch seine Einordnung in zeit- und akteurspezifische Diskurse und Semantiken des betreffenden Begriffs. Begriffsgeschichtliche Arbeiten dieses Zuschnitts ermitteln korpusbasiert musterhafte sprachliche Verwendungsweisen von bestimmten Ausdrücken und situieren diese diskurshermeneutisch (Hermanns 2007) und -historisch – eine gleichsam spannende wie herausfordernde Aufgabe an der Schnittstelle von Sprach- und Geschichtswissenschaft.

Beschreibung des Lexikonprojekts

Das Projekt „Das 20. Jahrhundert in Grundbegriffen. Lexikon zur historischen Semantik in Deutschland“ wird seit 2022 im Programm Leibniz-Kooperative Exzellenz gefördert und vom Leibniz-Zentrum für Literatur- und Kulturforschung Berlin, dem Leibniz-Zentrum für Zeit-historische Forschung Potsdam und dem Leibniz-Institut für Deutsche Sprache Mannheim durchgeführt. Ziel ist es, in interdisziplinärer Zusammenarbeit mit zahlreichen weiteren Expert*innen aus der Geschichts-, Sprach- und Politikwissenschaft ein begriffsgeschichtliches Lexikon von circa 150 Begriffen zu erstellen, die die politischen, kulturellen und wissenschaftlichen Diskurse des 20. Jahrhunderts grundlegend geprägt haben. Darunter fallen Begriffe des enger gefassten politischen Bereichs (u. a. ‚Freiheit‘, ‚Gerechtigkeit‘, ‚Gleichheit‘, ‚Volk‘, ‚Europa‘), im engeren Sinne wissenschaftliche Begriffe (u. a. ‚Energie‘, ‚Klima‘, ‚Gen‘, ‚Information‘) sowie Begriffe, denen eine Zeitdimension eingeschrieben ist (u. a. ‚Fortschritt‘, ‚Prävention‘, ‚Prognose‘, ‚Plan‘). Die ersten 15 Begriffsartikel sind im Frühjahr 2024 online und frei zugänglich im Schwabe-Verlag erschienen (<<https://doi.org/10.31267/Grundbegriffe>>, darunter auch der Artikel zu ‚Demokratie‘ (Scholl 2024). Weitere Artikel werden sukzessive online, abschließend auch in gedruckter Fassung, veröffentlicht. ■

Anmerkungen

- ¹ In den Worten Kosellecks (2004, S. VII) kann von einem Grundbegriff gesprochen werden, „sobald alle konfligierenden Schichten und Parteien gemeinsam auf ihn angewiesen bleiben, um ihre unterschiedlichen Erfahrungen, ihre schichtenspezifischen Interessen, ihre parteipolitischen Programme miteinander zu vermitteln. [...] Ein Grundbegriff liegt also gerade dann vor, wenn er perspektivisch verschieden ausgelegt werden muß, um Einsicht zu finden oder Handlungsfähigkeit zu stiften.“ Die linguistische Kritik an der Begriffsgeschichte Koselleck’scher Prägung kann hier nicht wiedergegeben werden, verwiesen sei aber auf Busse (1987), Knobloch (1992) und die Beiträge in Koselleck (1979).
- ² Die Artikel der Koselleck’schen „Geschichtlichen Grundbegriffe“ fokussieren sich auf die sogenannte ‚Sattelzeit‘ zwischen 1750 und 1850. Der Zeitraum vom Ende des 19. Jahrhunderts bis ins 20. Jahrhundert wird dort zumeist nur in Ausblicken behandelt.
- ³ Im Lexikonartikel selbst spielt der Ausdruck ‚undemokratisch‘ aus Platzgründen nur eine Nebenrolle. Insofern kann der vorliegende Beitrag auch als Ergänzung des Lexikonartikels betrachtet werden.



Abb. 5

- ⁴ ‚Antidemokratisch‘ wird nicht bedeutungsgleich mit ‚undemokratisch‘ verwendet, allerdings stehen die beiden Ausdrücke insofern in einem engen semantischen Verhältnis, als dass sie Handlungen, Akteur*innen oder Sachverhalte bezeichnen, die als nicht demokratisch konstituiert werden. Eine weiterführende Analyse hätte Überschneidungen, aber auch Unterschiede in den Verwendungsweisen der Ausdrücke ‚undemokratisch‘, ‚antidemokratisch‘ oder auch ‚nicht demokratisch‘ zu verfolgen.
- ⁵ In Zahlen ausgedrückt stehen in diesem Zeitraum 93 Verwendungen (12,5 pro Millionen Wörter) auf Seiten der Oppositionsparteien 38 Verwendungen (5,2 pro Millionen Wörter) auf Seiten der Regierungsparteien entgegen. Ermitteln lässt sich dies über die CQPweb-Anwendung des von der TU Darmstadt betreuten DiscourseLab. <www.discourselab.de/moodle/>.
- ⁶ Da das Projekt interdisziplinär angelegt ist und mit einer Vielzahl von Autor*innen mit unterschiedlichen theoretisch-methodischen Hintergründen zusammenarbeitet, ist eine gewisse Pluralität von Ansätzen durchaus erwünscht und zielführend. Die hier skizzierte Herangehensweise ist daher nicht verbindlich vorgeschrieben.

Quellen

- AfD (2022): Pressemitteilung, 15. Dezember 2022. <<https://afdbundestag.de/sebastian-muenzenmaier-haltung-der-altparteien-bei-der-wahl-des-bundestagsvizepraesidenten-ist-undemokratisch/>>.
- Bangemann, Martin (1987): Redebeitrag. In: Verhandlungen des Deutschen Bundestags. Stenographische Berichte. 11. Wahlperiode. 4. Sitzung, 18. März 1987, Bonn 1987, S. 102-111. <<https://dserver.bundestag.de/btp/11/11004.pdf>> (Stand: 10.10.2024).
- Briefs, Ulrich (1989): Redebeitrag. In: Verhandlungen des Deutschen Bundestags. Stenographische Berichte. 11. Wahlperiode. 163. Sitzung, 4. Oktober 1989, Bonn 1989, S. 12361-12362. <<https://dserver.bundestag.de/btp/11/11163.pdf>> (Stand: 10.10.2024).
- Euler, Hans-Martin (1951): Redebeitrag. In: Verhandlungen des Deutschen Bundestags. Stenographische Berichte. 1. Wahlperiode. 112. Sitzung, 18. Januar 1951, Bonn 1951, S. 4208-4210. <<https://dserver.bundestag.de/btp/01/01112.pdf>> (Stand: 10.10.2024).

- Graefe, Albrecht von (1919): Redebeitrag. In: Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung. Stenographische Berichte, Bd. 326 (von der 53. Sitzung am 10. Juli 1919 bis zur 70. Sitzung am 30. Juli 1919), Berlin 1920, S. 1912-1925. <www.digitale-sammlungen.de/de/view/bsb00000012?page=461> (Stand: 10.10.2024).
- Heine, Wolfgang (1919): Redebeitrag. In: Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung. Stenographische Berichte, Bd. 326 (von der 1. Sitzung am 6. Februar 1919 bis zur 26. Sitzung am 12. März 1919), Berlin 1920, S. 481. <www.digitale-sammlungen.de/de/view/bsb00000010?page=488> (Stand: 10.10.2024).
- Koch, Erich (1919): Redebeitrag. In: Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung. Stenographische Berichte, Bd. 326 (von der 1. Sitzung am 6. Februar 1919 bis zur 26. Sitzung am 12. März 1919), Berlin 1920, S. 389-395. <www.digitale-sammlungen.de/de/view/bsb00000010?page=399> (Stand: 10.10.2024).
- Loritz, Alfred (1950): Redebeitrag. In: Verhandlungen des Deutschen Bundestags. Stenographische Berichte. 1. Wahlperiode. 37. Sitzung, 10. Februar 1950, Bonn 1950, S. 1230. <<https://dsserver.bundestag.de/btp/01/01037.pdf>> (Stand: 10.10.2024).
- Philipp, Albrecht (1922): Redebeitrag. In: Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte. I. Wahlperiode 1920, Bd. 356 (von der 326. Sitzung am 25. Juni 1922 bis zur 256. Sitzung am 18. Juli 1922), Berlin 1922, S. 8659-8660. <www.digitale-sammlungen.de/de/view/bsb00000040?page=628> (Stand: 10.10.2024).
- Renner, Heinz (1950): Redebeitrag. In: Verhandlungen des Deutschen Bundestags. Stenographische Berichte. 1. Wahlperiode. 33. Sitzung, 1. Februar 1950, Bonn 1950, S. 1053-1054. <<https://dsserver.bundestag.de/btp/01/01033.pdf>> (Stand: 10.10.2024).
- Strasser, Gregor (1932): Redebeitrag. In: Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446 (von der 53. Sitzung am 13. Oktober 1931 bis zur 64. Sitzung am 12. Mai 1932), Berlin 1932, S. 2253-2254. <www.digitale-sammlungen.de/de/view/bsb00000130?page=192> (Stand: 10.10.2024).
- Vogel, Friedrich (1988): Redebeitrag. In: Verhandlungen des Deutschen Bundestags. Stenographische Berichte. 11. Wahlperiode. 112. Sitzung, 30. November 1988, Bonn 1988, S. 8078-8079. <<https://dsserver.bundestag.de/btp/11/11112.pdf>> (Stand: 10.10.2024).
- Andrick, Michael (2024): AfD und BSW: Warum die Idee einer Brandmauer undemokratisch ist. In: Berliner Zeitung, online, 1.7.2024. <www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/afd-und-bsw-warum-die-idee-einer-brandmauer-undemokratisch-ist-li.2230373> (Stand: 10.10.2024).
- Dang-Anh, Mark (Hg.) (2023a): Politisches Positionieren. Sprachliche und soziale Praktiken. Heidelberg: Winter.
- Dang-Anh, Mark (2023b): „Partei der Deserteure“ (1932) – Ein politisch brisanter Positionierungsausdruck. Aus der Rubrik „Wörter und Wörterbücher“. In: SPRACHREPORT 3/2023, S. 24-32.
- Felbick, Dieter (2003): Schlagwörter der Nachkriegszeit 1945-1949, Berlin / New York: de Gruyter.
- Feustel, Robert / Grochol, Nancy / Prüwer, Tobias / Reif, Franziska (Hg.) (2017): Wörterbuch des besorgten Bürgers. Mainz: Ventil.
- Friedrich, Alexander / Scholl, Stefan / Specht, Simon (2024): Tools und Korpora für „Das 20. Jahrhundert in Grundbegriffen. Lexikon zur historischen Semantik in Deutschland“. Digitale Begriffsgeschichte mit COSMAS II, DiaCollo und SCoT. In: Müller, Ernst / Schmieder, Falko / Picht, Barbara (Hg.): Das 20. Jahrhundert in Grundbegriffen. Lexikon zur historischen Semantik in Deutschland. <www.schwabeonline.ch/schwabe-xaveropp/elibrary/media/F527A4018FF81C9F01537F3978829651/digitale_tools_46511.pdf> (Stand: 10.10.2024).
- Hermanns, Fritz (2007): Diskurshermeneutik. In: Warnke, Ingo H. (Hg.): Diskurslinguistik nach Foucault. Theorie und Gegenstände. Berlin / New York: de Gruyter, S. 187-210.
- Kämper, Heidrun (2013): Demokratie. In: Kämper, Heidrun: Wörterbuch zum Demokratiediskurs 1967/68, Berlin: de Gruyter, S. 309-342.
- Kämper, Heidrun (2014): Demokratisches Wissen in der frühen Weimarer Republik. Historizität – Agonalität – Institutionalisierung. In: Kämper, Heidrun / Haslinger, Peter / Raithe, Thomas (Hg.): Demokratiegeschichte als Zäsurgeschichte. München: de Gruyter, S. 19-96.
- Kämper, Heidrun Deborah (2020): AfD im Parlament – neue Sprach- und Kommunikationsstile. Mannheim. <www.ids-mannheim.de/fileadmin/lexik/Parlamentsstudie/AfD_Studie.pdf> (Stand: 10.10.2024).

Literatur und Ressourcen

Kilian, Jörg (2003): „Demokratie“ als Merkwort der Nachkriegszeit. Linguistische Begriffsgeschichte im Zeichen der kognitiven Semantik. In: Dutt, Carsten (Hg.): Herausforderungen der Begriffsgeschichte. Heidelberg: Winter, S. 105-132.

Koselleck, Reinhart (2004): Vorwort (1992). In: Brunner, Otto/ Conze, Werner/ Koselleck, Reinhart (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Studienausgabe. Stuttgart: Klett-Cotta, S. V-VIII.

Knobloch, Clemens (1992): Überlegungen zur Theorie der Begriffsgeschichte aus sprach- und kommunikationswissenschaftlicher Sicht. In: Archiv für Begriffsgeschichte 35, S. 7-24.

Merkel, Wolfgang (2024): Gastkommentar: Debatte um AfD-Verbot: Intoleranz rettet nie die Demokratie. Neue Zürcher Zeitung, online, 21.3.2024. <www.nzz.ch/meinung/afd-verbot-intoleranz-rettet-nie-die-demokratie-ld.1822625> (Stand: 10.10.2024).

Müller, Ernst/Schmieder, Falko/Picht, Barbara (2024): Das 20. Jahrhundert in Grundbegriffen. Einleitung. In: Müller, Ernst/Schmieder, Falko/Picht, Barbara (Hg.): Das 20. Jahrhundert in Grundbegriffen. Lexikon zur historischen Semantik in Deutschland. <https://doi.org/10.31267/Grundbegriffe_77012495> (Stand: 10.10.2024).

Scholl, Stefan (2024): Demokratie. In: Müller, Ernst/Schmieder, Falko/Picht, Barbara (Hg.): Das 20. Jahrhundert in Grundbegriffen. Lexikon zur historischen Semantik in Deutschland. <https://doi.org/10.31267/Grundbegriffe_62216520> (Stand: 10.10.2024).

Stern (2020): Noch Fragen? Warum soll die AFD undemokratisch sein? Stern, online, 6.3.2020. <www.stern.de/noch-fragen/warum-soll-die-afd-undemokratisch-sein-3000142162.html> (Stand: 10.10.2024).

Bildnachweise

Abb. 1: <https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Plakat_Demokratie_verteidigen,_Stuttgart,_2024-01-20,_yj.jpg> (Stand: 10.10.2024).

Abb. 2: MehrGenerationenHaus Celle. <www.demokratie-leben.de/magazin/magazin-details/demokratie-wunsch-briefkasten-im-mehrgenerationenhaus-132> (Stand: 10.10.2024).

Abb. 3: <<https://ddc.dwds.de/dstar/reichstag/diacollo/?query=undemokratisch&date=&slice=1&score=fm&kbest=10&utoff=&profile=1&format=hichart&groupby=1&eps=0>> (Stand: 10.10.2024).

Abb. 4: <https://ddc.dwds.de/dstar/bundestag/diacollo/?query=undemokratisch&_s=submit&date=&slice=1&score=fm&kbest=10&utoff=&profile=1&format=hichart&groupby=1&eps=0> (Stand: 10.10.2024).

Abb. 5: <<https://doi.org/10.31267/Grundbegriffe>> (Stand: 10.10.2024). ■